

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Am Freitag folgte der Kaiser einer Einladung des russischen Botschafters Grafen Schmalow zur Mittagsfeier.

\* Der russische Handelsvertrag ist am Freitag im Reichstag in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen worden. Namentliche Abstimmung erfolgte nicht.

\* Der Reichstag hat für das Kaiser Wilhelm-Denkmal 4 Millionen M. bewilligt. Ein rheinisches Blatt findet diese Bewilligung "recht und billig", zumal wenn man bedenke, daß das Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin 3 Millionen gekosten habe. Demgegenüber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Angabe unzutreffend ist; denn die Kosten für dieses Denkmal haben nur etwas mehr als eine halbe Million betragen. Auf Grund authentischer Ziffern sind dafür gezahlt worden: Für das Modell des Reiterstandbildes 17 000 Thlr., für die Modelle des Piedestals 29 000 Thlr., für Guss und Färbierung des Standbildes 30 000 Thlr., die Figuren am Piedestal 80 000 Thlr., für Fundamente und Granitunterbau 24 000 Thlr., für Kandelaber und Gitter 5000 Thlr. An Honorar hat Rauch erhalten: 12 Jahre jährlich 3000 Thlr., damit er anständig und jüngst leben könne, um sich dem Denkmal ganz ungestört widmen zu können; also zusammen 36 000 Thlr. Außerdem sind ihm nach Vollendung des Denkmals noch 20 000 Thlr. zugewiesen worden, so daß mit Einkrechnung des Künstlerhonorars die gesamten Kosten des Denkmals sich auf 240 000 Thlr. das ist 720 000 M. beladen. An Künstlerhonorar soll aber Vegaos allein 1 Million M. erhalten.

\* Nach dem Voranschlag in der Begründung des Gesetzentwurfs betr. die Stempelabgaben würde die Erhöhung der Börse Kosten einer Mehreinnahme von 15,4 Mill. M. zur Folge haben. Die Steuerkommission hat den Lotteriestempel nicht um 5 M. vom Hundert erhöht, sondern verdoppelt, was eine Mehreinnahme von 7 500 000 M. ergibt. Die Befürchungen der Steuerkommission stellen also, die Richtigkeit des Vertrags vorausgesetzt, eine Mehreinnahme von 12,2 Mill. M. in Aussicht. Die Beratung der Steuerkommission steht nach Osten bevor.

\* Die neuen Steuerfälle würden also frühestens am 1. Juli, spätestens am 1. Oktober in Kraft treten können. Im letzteren Falle würde sich für das laufende Gesetzjahr eine Mehreinnahme von 11,6 Mill. M. ergeben. An Matrikelarbeiten würden dann nur noch 1,4 Mill. M. durch die Einzelstaaten zu bedenken sein, der Gesetz für 1894/95 also ein Defizit nicht mehr aufweisen.

\* Die von der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages eingehende Kommission hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Erfassungsmittel für Butter durchberaten und auch den Margarinekontrollen in den Bereich dieses Entwurfs gezogen. Es wurde sodann dem Abg. v. Bloch überlassen, nach Osten den Termin für den in Aussicht genommenen Vortrag des Sachverständigen Prof. Fleischmann über die Materie mit für die Einberufung der Wirtschaftlichen Vereinigung selbst zu bestimmen.

\* Die Deutsche Reformpartei (Antisemiten) hat im Reichstage Anträge betr. die Eidesleistung vor dem Richter und die konfessionelle Eidesform eingebrochen.

\* Die bayerische Kammer der Abgeordneten lehnte mit 67 gegen 64 Stimmen den Antrag Jägers auf staatliche Mobilien-Brandversicherung unter allmählicher Abschaffung der Prinzipalgegenstände ab und nahm den Antrag des Ausschusses auf Revision der Statuten sämtlicher in Bayern zugelassenen Gesellschaften beabsichtige Herauslösung der Prämien und Verhinderung eines unsauberen Gebahrens an. Der Minister des Innern hatte das Staatsmonopol Bayerns auf das bestimmte aus politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Gründungen bestimmt.

### Frankreich.

\* Das französische Budget für das Jahr 1895 ist in seinen Grundzügen nunmehr festgestellt. Um den Fehlbeitrag von ungefähr 140 Millionen Frank zu decken, von denen

55 Millionen auf den Minderertrag der Einnahmen und 80 Millionen auf neue Ausgaben, darunter 36 Mill. für das Heer, die Marine und die Kolonialarmee entfallen, sollen die aus der Konversion herrührenden 28 Millionen verwendet werden. Ferner soll die Handhabung der Binsgarantie für die Eisenbahnen geändert und eine Steuer auf die Einkommen aus der Vermietung von Wohnungen eingeführt werden. Diese Steuer soll die Personal- und Mobiliarsteuer, sowie die Thür- und Fenstersteuer ersetzen. Der Beitrag dieser Steuer ist auf 137 Mill. Frank veranschlagt. Gleichzeitig wird im Budget die Steuer auf Wein, Obstwein und Bier auf 75 Mill. herabgesetzt und die Alkoholsteuer auf 190 Mill. Frank erhöht.

\* Nach längerer Pause haben die französischen Anarchisten ihre "Propaganda der That" wieder aufgenommen. Diesmal handelt es sich um einen gegen die Madelainekirche gerichteten Verstößungsversuch, der allerdings nur das Leben des verbrecherischen Menschen zerstört zu haben scheint, der sich zur Ausführung dieser neuesten Frevelthat hergegeben hatte. Aus Paris wird vom Donnerstag gemeldet: Hinter die Thür des Haupteinganges der Madelainekirche wurde heute eine Bombe gelegt; dieselbe explodierte, wobei der Urheber des Attentats getötet wurde. Die Person muß an einen Thürpfeiler angeschossen sein, wodurch jedenfalls die Explosion hervorgerufen wurde. Obgleich der Leichnam infolge der erschütternden Belebungen fast unlesbar ist, glaubt der Polizeipräsident doch, daß der selbe dem Signalement der Person entspricht, die die Bombe in den Hotels der Rue St. Jacques und der Rue du Faubourg St. Martin niedergelegt hatte. Eine bei der Leiche vorgefundene Brücke enthielt zahlreiche Papiere und eine Photographie Ravachols.

### Portugal.

\* Wie die Blätter in Lissabon melden, befindet sich Admiral da Gama an Bord der portugiesischen Korvette "Mindelo" mit fünfhundert Mann. Man glaubt, daß er mit seinen Leuten nach Portugal kommen werde.

### Rußland.

\* Wie man der "Post Star" aus Petersburg meldet, hat die russische Regierung der Post einen Entwurf vorgelegt, der die Steuerabgaben von 123,2 Mill. M. in Aussicht. Die Beratung der Steuerkommission steht nach Osten bevor. Die neuen Steuerfälle würden also frühestens am 1. Juli, spätestens am 1. Oktober in Kraft treten können. Im letzteren Falle würde sich für das laufende Gesetzjahr eine Mehreinnahme von 11,6 Mill. M. ergeben. An Matrikelarbeiten würden dann nur noch 1,4 Mill. M. durch die Einzelstaaten zu bedenken sein, der Gesetz für 1894/95 also ein Defizit nicht mehr aufweisen.

### Balkanstaaten.

\* Fürst Ferdinand von Bulgarien hat den Metropoliten Clement von Tarnovo, den bekannten russophilen Agitator, der kürzlich wegen einer hochverratlichen Predigt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, begnadigt.

### Amerika.

\* In Rio de Janeiro ist wieder Ruhe, auch die Geschäfte werden wieder aufgenommen. Während der letzten Beschiebung war niemand an Bord der australischen Schiffe; dieselben waren schon am Montag verlassen worden, die Mannschaften hatten sich auf die "Alba Encalada" geflüchtet. Alle Offiziere der Australischen, mit Ausnahme der Aeronauten, sind abgereist. Ungefähr 750 Australische haben sich ergeben. Hundert Gefangene wurden auf Befehl Petropulos in Freiheit gesetzt.

### Australien.

\* Der von Honolulu in Victoria (Britisch-Columbien) am 12. d. eingetroffene Dampfer "Warrimoo" berichtet, daß auf Hawaii bedeutende Aufregung herrscht, weil eine Abteilung in Kanada angeworbener Soldaten dort eingetroffen ist, die mittels eines Handstreites die Königin Victoria wieder auf den Thron setzen sollen. Die Hälfte der gesamten Miliz ist zu den Waffen gerufen worden, die provvisorische Regierung hat ein Einwanderungsgebot erlassen, das einem völligen Verbot der Einwanderung gleichkommt.

**Welche Frage, wenn es sich um eine reiche Erbin und einen bankrotten Grafen handelt?**

Er würde sie lieben, wenn sie noch so häßlich wäre. Die Hochzeit ist auch schon bestimmt.

Carmen sah am andern Ende des Saales eine Bekannte, die sie mehr anzugieb, und sah auf, sie zu begrüßen. Jetzt erinnerte Lady Meldrum, daß das junge Mädchen, welches sie so freundlich unterhalten hatte, mit geschlossenen Augen im Stuhl saß; mit der Ohnmacht einer Gouvernante hatte sie aber wenig Mühe und sagte: "Kommen Sie, Miss Trell, nehmen Sie sich zusammen, so etwas wird Lady Long nicht lieb sein."

Carmen öffnete die Augen, eine Welt voll Schmerz lag in ihnen.

"Ich werde nicht ohnmächtig," sagte sie leise, "verzeihen Sie, wenn ich nicht ganz außerstande war. Sagten Sie nicht, daß Lord Ryeburn sich verheiraten würde?"

"Ja, das sagte ich, und es ist wahr, ich weiß es aus sicherer Quelle."

Das junge Mädchen schauderte. "Wer wird er heiraten?" fragte sie.

Lady Clara Gordon, eines der schönsten und liebenswürdigsten Mädchen und das reichste in ganz London, er kann wirklich von Glück sagen!"

"Und es ist wirklich wahr?"

"Ja, so wahr, wie wir hier sitzen; Lady Gordon sprach erst neulich mit mir darüber."

Das war eine Unwahrheit, aber Carmen wußte es nicht. Lady Meldrum sah sie lächeln an.

"Ich erzählte nur Dinge, die ich genau weiß."

## Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung steht die dritte Beratung des Gesetzes. "Der Generaldebatte bemerkte Abg. Liebknecht (soz.)", daß er sich auf einige Bemerkungen über den Militärismus beschränkt habe. Angesichts der neuen Auswendungen Frankreichs sei vorzusehen, daß man auch bei uns wieder mit neuen Militärforderungen hervortreten werde. Einem solchen System müsse endlich einmal ein Ende gemacht werden, Bürgschaft für ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker gewährt nur das Milliardensumme. In der nächsten Sitzung würden seine Freunde deshalb hier beantragen, den Gedanken der Illumination des heimischen Heeres in ein Militärheer in Erwägung zu ziehen. Das Wort, mit dem nämlich der Kriegsminister das Haftrecht proklamierte, hätte wie ein Blitschlag den Abgrund entstellt, der das Volk von dem herrschenden System trenne. Im übrigen bleibt es dabei, daß der Staat als Gangster von den Sozialdemokraten in alter Weise abgelehnt werde.

In der Spezialdebatte littet bei dem Staat des Auswärtigen Amtes Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) nochmals eine genauere Antwort, ob zur Wahrung deutscher Gläubiger Griechenlands Schritte getrieben seien, und ob solche noch in Aussicht ständen. Staatssekretär v. Marschall erwiederte, daß Schritte geschehen seien und daß es sich von selbst verstehe, daß weitere Schritte der Gläubiger Unterstützung seitens der diesbezüglichen Regierung finden würden. — Der Staat des Auswärtigen Amtes wird bewilligt, ferner der Staat des Reichsrats des Innern ebenso wie der Militärrat angenommen. — Der Marinestatut fragt Abg. Liebknecht (Centr.) am wichtigsten, ob die Befürchtungen falsch seien, daß es sich von selbst verstehe, daß weitere Schritte der Gläubiger Unterstützung seitens der diesbezüglichen Regierung finden würden. — Der Staat des Auswärtigen Amtes wird bewilligt, ferner der Staat des Reichsrats des Innern ebenso wie der Militärrat angenommen. — Abg. Liebknecht (Centr.) schlägt den Abgeordneten erneut die Befürchtung vor, daß die Befürchtungen falsch seien, daß es sich von selbst verstehe, daß weitere Schritte der Gläubiger Unterstützung seitens der diesbezüglichen Regierung finden würden. — Der Staat des Auswärtigen Amtes wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Sei das zu vernehmen, so würden die vorhandenen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen sein. Insgesamt seien 138 Unterstellungen zu verfolgen. Gezielte Anträge haben sich auf 23 924 M. — Der Marine-Staats wird bewilligt. — Zum Staat des Reichsflottilans begründet Abg. Schatz (soz.) eine von ihm und Gen. eingegangene Resolution. Die Resolution wird schließlich zurückgezogen und der Justiz-Staats geheimrat. — Beim Staat des Jäger- und Verbrauchsteuern bestätigt ist. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwiedert, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen würden. Dann werde zu prüfen sein, ob die daraus hervorgehenden Unterstellungen ausreichen. Se